

Verordnung über die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau

Artikel 1

Gegenstand der Verordnung

In Durchführung von Artikel 82 des Landesgesetzes vom 17.12.1998, Nr. 13, (Wohnbauförderungsgesetz) sowie in Ausübung der eigenen Verordnungsbefugnis laut Artikel 5 des Regionalgesetzes vom 04.01.1993, Nr. 1 i.g.F. (neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol), wird die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau durch diese Verordnung geregelt.

Artikel 2

Zuweisungsberechtigte

1. Gemäß Artikel 82 des Landesgesetzes Nr.13/1998, werden die dem geförderten Wohnbau vorbehaltenen Flächen in folgender Reihenfolge zugewiesen:

- a) dem Wohnbauinstitut, und zwar für die Verwirklichung der Bauprogramme, die von der Landesregierung im Sinne von Artikel 22 des Landesgesetzes Nr.13/1998, genehmigt werden;
- b) einzelnen oder in Genossenschaften zusammengeschlossenen Personen, welche die Voraussetzungen laut Artikel 3 erfüllen;
- c) den Gesellschaften, deren Ziel es ist, ohne Gewinnabsicht Volkswohnungen zu bauen und diese - aufgrund einer Vereinbarung mit der Landesverwaltung - zu verkaufen oder unter Zusicherung des späteren Verkaufes zu vermieten.

2. Die Wohnbaugenossenschaften haben gegenüber einzelnen Gestellern den Vorrang, sofern sie im Sinne dieser Durchführungsverordnung, einen Durchschnitt von mindestens 22 Punkten erreichen.

3. Bei Punktegleichheit werden die Gesteller bevorzugt, welche hinsichtlich des Wohnsitzes in der Gemeinde rangälter sind.

4. Die Gesuche von Heimatfernern, welche vor der Auswanderung in der Gemeinde ansässig waren, sowie die Gesuche ihrer gerichtlich nicht getrennten Ehegatten werden für die Rangordnung berücksichtigt, sofern sich der Gesteller verpflichtet, seinen Wohnsitz in die Gemeinde zu verlegen. Hatte der Gesteller vor der Auswanderung in einer anderen Gemeinde Südtirols seinen Wohnsitz, so wird sein Gesuch für die Rangordnung berücksichtigt, wenn er nachweislich in der Gemeinde seinem Beruf oder seiner Arbeit nachgehen kann. Im

Regolamento per l' assegnazione delle aree destinate all' edilizia abitativa agevolata

Articolo 1

Oggetto del regolamento

In attuazione dell'articolo 82 della legge provinciale 17.12.1998, n. 13, (Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata), nonché nell'esercizio del proprio potere regolamentare di cui all'articolo 5 della legge regionale 04.01.1993, n. 1, nel testo vigente (Nuovo ordinamento comunale della Regione Trentino-Alto Adige), l'assegnazione delle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata è disciplinata dal presente regolamento.

Articolo 2

Aventi diritto all'assegnazione

1. Ai sensi dell'art. 82 della legge provinciale n. 13/98 le aree riservate all'edilizia abitativa agevolata sono assegnate nell'ordine:

- a) all'Istituto per l'edilizia sociale per la realizzazione dei programmi di costruzione deliberati dalla Giunta provinciale ai sensi dell'articolo 22 della legge provinciale n. 13/98;
- b) a persone singole od associate in cooperative in possesso dei requisiti di cui al seguente articolo 3;
- c) alle società costituite con lo scopo di costruire senza fine di lucro abitazioni standard popolare e di alienarle - sulla base di una convenzione da stipulare con l'Amministrazione provinciale o di locarle con patto di futura vendita.

2. Le cooperative edilizie hanno la precedenza sui richiedenti singoli purchè il punteggio medio conseguito ai sensi del presente regolamento sia di almeno 22 punti.

3. A parità di punteggio hanno la precedenza i richiedenti con maggiore anzianità di residenza nel comune.

4. Le domande degli emigrati all'estero già residenti nel comune prima dell'emigrazione e dei loro coniugi non legalmente separati, sono inserite nella graduatoria, qualora i richiedenti si impegnino a stabilire la residenza nel comune. Le domande di emigrati all'estero che prima di emigrare erano residenti in altro comune della provincia sono inseriti nella graduatoria, qualora i richiedenti dimostrino di essere in grado di esercitare la loro professione, impiego o lavoro nel comune. Ai fini dell'attribuzione del punteggio il periodo di

Hinblick auf die Festlegung der Punktezahl wird die im Ausland geleistete Arbeitszeit als im Lande geleistet angesehen.

5. Die Heimatfernen müssen innerhalb eines Jahres ab dem im Zuweisungsbeschluß laut Artikel 83, Absatz 1, Buchstabe c) des L.G. Nr.13/1998 angegebenen Termin für die Fertigstellung der Bauarbeiten, ihren Wohnsitz in die neue Wohnung verlegen.

6. Das Eigentum an Flächen für den geförderten Wohnbau können auch Gesuchsteller erwerben, die von der Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnbau im Sinne von Artikel 63 des L.G. Nr.13/1998 ermächtigt werden, ihre Wohnung zu veräußern, um eine andere dem Bedarf der Familie angemessene Wohnung zu bauen.

7. Gesuchsteller, die im Ansuchen um die Zuweisung geförderten Baugrundes den Umstand geltend machen, daß sie mit einer anderen Person in eheähnlicher Beziehung leben, erhalten den Grund gemeinsam mit der genannten Person zugewiesen, wenn diese ebenfalls die Voraussetzungen für die Zuweisung geförderten Baulandes besitzt.

Artikel 3

Voraussetzungen für die Zuweisung von Flächen für den geförderten Wohnbau

1. Um die Zuweisung ins Eigentum von Flächen zu erwerben, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, müssen die Mitglieder von Wohnbaugenossenschaften oder die einzelnen Antragsteller folgende Voraussetzungen erfüllen:

a) sie müssen ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz in der Gemeinde und seit mindestens fünf Jahren im Lande haben;

b) sie dürfen nicht Eigentümer einer dem Bedarf ihrer Familie angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung sein, das Fruchtgenuß-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung haben, oder in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches das Eigentum, das Fruchtgenuß-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung veräußert haben; dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehegatten und für die in eheähnlicher Beziehung lebende Person;

c) sie dürfen nicht Mitglieder von Familien sein, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden sind; dies gilt nicht für den Fall, daß eine neue Familie gegründet wird;

lavoro prestato all'estero si considera prestato in Provincia .

5. Gli emigrati all'estero hanno l'obbligo di trasferire la propria residenza nel nuovo alloggio entro un anno dalla data per la ultimazione dei lavori indicata nella delibera di assegnazione ai sensi dell'articolo 83, comma 1, lettera c) della L.P. n. 13/98.

6. Possono diventare proprietari di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata anche richiedenti i quali siano stati autorizzati dalla commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata ai sensi dell'articolo 63 della L.P. n. 13/98, ad alienare il proprio alloggio per costruire un altro corrispondente al fabbisogno della famiglia.

7. Ai richiedenti, che nella domanda di assegnazione di un'area destinata all'edilizia abitativa agevolata dichiarano di convivere more uxorio con un'altra persona il terreno viene assegnato in comproprietà con l'altra persona qualora quest'ultima è in possesso dei requisiti richiesti per l'assegnazione di un'area destinata all'edilizia abitativa agevolata.

Articolo 3

Requisiti per l'assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata

1. Per conseguire l'assegnazione in proprietà di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata i soci di cooperative edilizie oppure i richiedenti singoli devono essere in possesso dei seguenti requisiti:

a) devono avere la residenza od il posto di lavoro nel comune e da non meno di cinque anni in provincia;

b) non devono essere proprietari od avere il diritto di usufrutto, uso od abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia in località facilmente raggiungibile od avere ceduto nel quinquennio antecedente la presentazione della domanda la proprietà di una tale abitazione. Ciò vale anche per il coniuge non separato e la persona convivente more uxorio con il richiedente;

c) non devono essere componenti di una famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un alloggio, salvo il caso di costituzione di nuova famiglia;

d) sie dürfen nicht über ein Gesamteinkommen verfügen, das die Einkommenshöchstgrenze übersteigt, die gemäß Artikel 58 des L.G. Nr.13/1998 festgelegt wird;

e) sie müssen das 23. Lebensjahr vollendet haben, falls es sich um ledige Gesuchsteller ohne unterhaltsberechtigten Familienangehörigen handelt. Diese Voraussetzung findet für Gesuchsteller mit Behinderung keine Anwendung.

f) sie müssen seit mindestens zwei Jahren eine dauerhafte unselbständige oder selbständige Arbeitstätigkeit ausgeübt haben, oder, im Falle von Saisonarbeit, insgesamt nicht weniger als 18 Monate in den letzten drei Jahren tätig gewesen sein. Für die Dauerhaftigkeit der Arbeitstätigkeit werden Unterbrechungen von insgesamt weniger als 120 Tagen nicht berücksichtigt. Diese Voraussetzung findet für pensionierte, arbeitsunfähige und Gesuchsteller mit Behinderung keine Anwendung, ebensowenig für Gesuchsteller mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, die infolge von Trennung, Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe Unterhaltszahlungen beziehen.

g) sie müssen mindestens 16 Bedürftigkeitspunkte erreichen;

h) sie dürfen nicht Eigentümer eines zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 Kubikmetern ausreichenden Grundstückes in einem Ort sein, der leicht erreichbar ist; ebenso dürfen sie nicht ein solches Grundstück in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert haben.

2. Von der Zuweisung geförderten Baulandes sind die Gesuchsteller ausgeschlossen, deren Eltern, Schwiegereltern oder Kinder in einem vom Arbeitsplatz oder Wohnort des Gesuchstellers aus leicht erreichbarem Ort Eigentümer einer Wohnfläche sind, deren Konventionalwert größer ist als der Betrag, der sich aus dem Konventionalwert einer Wohnung mit 100 Quadratmetern Konventionalfläche, multipliziert mit der um eins erhöhten Anzahl der Kinder, ergibt. Vom Konventionalwert der Wohnungen werden die hypothekarischen Darlehen in Abzug gebracht, die für den Bau oder den Kauf dieser Wohnungen aufgenommen wurden. Zum Zwecke der Berechnung werden auch die Wohnungen berücksichtigt, die in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches veräußert worden sind. Das Wohnungsvermögen der Schwiegereltern wird im Falle des Ablebens des Ehegatten, durch den die Schwägerschaft begründet ist, sowie im Falle von Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt.

d) non devono avere un reddito complessivo superiore ai limiti massimi fissati ai sensi dell'articolo 58 della L.P. n. 13/98;

e) devono avere compiuto il 23° anno di età nel caso in cui si tratta di richiedente non coniugato senza familiari a carico. Questo requisito non si applica in caso di richiedenti con handicap.

f) devono avere svolto continuamente da almeno due anni un'attività di lavoro dipendente o autonomo o, qualora si tratti di lavoro stagionale, avere svolto un'attività di lavoro complessivamente non inferiore a 18 mesi negli ultimi tre anni. Ai fini della continuazione non vengono computate interruzioni dell'attività lavorativa di durata complessivamente non superiore a 120 giorni. Tale requisito non si applica a richiedenti pensionati, invalidi, persone con handicap o richiedenti con familiari a carico che percepiscono assegni di mantenimento in seguito a separazione personale, scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio.

g) devono raggiungere un punteggio di almeno 16 punti;

h) non devono essere proprietari e non devono avere ceduto nel quinquennio antecedente la domanda un'area edificabile in località agevolmente raggiungibile sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno 495 metri cubi.

2. Sono esclusi dall'assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata i richiedenti i cui genitori, suoceri o figli siano proprietari, in località facilmente raggiungibile dal posto di lavoro o di residenza del richiedente, di una superficie abitabile il cui valore convenzionale sia superiore all'importo che risulta dal valore convenzionale di un alloggio popolare di 100 metri quadrati, moltiplicato per il numero dei figli aumentato di un'unità. Dal valore convenzionale delle abitazioni vengono detratti i mutui ipotecari assunti per la costruzione o l'acquisto di tali abitazioni. Ai fini del calcolo si considerano anche le abitazioni alienate nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda. Non si tiene conto del patrimonio abitativo dei suoceri in caso di morte del coniuge da cui deriva il vincolo di affinità, nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio.

Artikel 4
Einreichung der Gesuche

1. Die Gesuche um Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau können innerhalb 30. Juni eines jeden Jahres eingereicht werden. Sollte der Termin für die Abgabe der Erklärung der Einkommen der natürlichen Personen über den 30. Juni hinaus verlängert werden, so können die Gesuche jedenfalls bis 15 Tage nach Ablauf des jeweils festgesetzten neuen Termins eingereicht werden.

2. Das Gesuch um die Zuweisung geförderten Baulandes ist auf dem von der Gemeinde erstellten Formblatt zu stellen. Im Gesuch ist die Größe der Wohnung anzugeben, deren Bau der Gesuchsteller beabsichtigt.

3. Im Formblatt laut Absatz 2 muß der Gesuchsteller erklären, daß er im Besitz der Voraussetzungen ist, gefördertes Bauland zugewiesen zu erhalten und daß ihm gegenüber keine Ausschlußgründe vorliegen.

4. Im besonderen muß der Gesuchsteller im Sinne von Artikel 4 des Gesetzes vom 04. Jänner 1968, Nr. 15 erklären:

a) daß weder er, noch sein gerichtlich nicht getrennter Ehegatte, noch die in eheähnlicher Beziehung lebende Person, das Eigentum, den Fruchtgeuß, das Gebrauchs- oder das Wohnungsrecht an einer angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung haben oder eine solche Wohnung in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert haben ;

b) daß er nicht Mitglied einer Familie ist, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Erwerb oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden ist oder für den Fall, daß dieser Umstand gegeben ist, daß er eine neue Familie gründen will ;

c) daß er weder Eigentümer eines zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 m³ ausreichenden Grundstücks in einem Ort ist, der vom Arbeitsplatz oder Wohnort aus leicht erreichbar ist, noch ein solches Grundstück in den fünf Jahren vor Einreichung des Gesuches veräußert hat.

5. Dem Gesuch um Grundzuweisung sind -soweit sie nicht schon im Besitze der Verwaltung sind - alle geeigneten Dokumente beizulegen, mit dem die im Formblatt geltend gemachten Bevorzugungskriterien erhärtet werden. Außerdem ist, eine im Sinne von Artikel 4 des Gesetzes vom 04. Jänner 1968, Nr. 15 abgegebene Erklärung über den Liegenschaftsbesitz der Eltern und Schwiegereltern bzw.

Articolo 4
Presentazione delle domande

1. Le domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata possono essere presentate entro il 30 giugno di ogni anno. Nel caso in cui il termine per la presentazione della dichiarazione dei redditi delle persone fisiche venisse prorogato oltre il 30 giugno, le domande possono venire presentate comunque 15 giorni dopo la scadenza del termine nuovo fissato.

2. La domanda di assegnazione di terreni destinati all'edilizia abitativa agevolata deve essere presentata sul modulo appositamente predisposto dal comune.

3. Nel modulo di cui al comma 2 il richiedente deve dichiarare di essere in possesso dei requisiti previsti per ottenere l'assegnazione del terreno destinato all'edilizia abitativa agevolata e che nei suoi confronti non sussiste motivo di esclusione.

4. In particolare il richiedente ai sensi dell'art. 4 della legge 4 gennaio 1968, n. 15, deve dichiarare:

a) di non essere nè lui, nè il coniuge non legalmente separato, nè la persona convivente more uxorio, proprietario o titolare del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o di non avere ceduto nei cinque anni precedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio;

b) di non essere componente di una famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un alloggio, salvo il caso di costituzione di una nuova famiglia;

c) di non essere proprietario e di non aver ceduto nel quinquennio antecedente la domanda un'area edificabile in località facilmente raggiungibile, sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno 495 metri cubi.

5. Alla domanda di assegnazione del terreno deve essere allegato qualsiasi documento idoneo a rafforzare i criteri di preferenza indicati nel modulo. Inoltre deve essere prodotta, qualora non fosse già agli atti dell'Amministrazione, una dichiarazione ai sensi dell'art. 4 della legge del 4 gennaio 1968, n. 15 concernente la proprietà di immobili dei genitori, degli suoceri oppure dei figli.

Kinder vorzulegen.

Artikel 5 Erstellung der Rangordnung

1. Die provisorische Rangordnung der Gesuche auf Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau wird vom Gemeindeausschuß innerhalb von 60 Tagen ab dem gemäß Art. 4, Absatz 1, dieser Verordnung festgesetzten Termin für die Vorlage der Gesuche genehmigt, wobei für jedes Gesuch die entsprechenden Punkte zuerkannt werden.
2. Die mit der Einzel- und Gesamtbewertung der jeweiligen Bewerber versehene provisorische Rangordnung wird vom Gemeindeausschuß genehmigt und, nachdem der entsprechende Beschluß rechtskräftig geworden ist, für 30 Tage an der Amtstafel der Gemeinde veröffentlicht.
3. Die Gesuchsteller werden von der Genehmigung und der Veröffentlichung der provisorischen Rangordnung verständigt.
4. Gegen die provisorische Rangordnung können die Gesuchsteller innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Mitteilung Widerspruch beim Gemeindeausschuß einbringen. Zugleich mit dem Widerspruch können Dokumente beigebracht werden, um Bevorzugungskriterien, die bereits im Gesuch geltend gemacht wurden, zu erhärten. Neue Bevorzugungskriterien können nicht geltend gemacht werden.
5. Die Widersprüche werden innerhalb von 60 Tagen überprüft und innerhalb der genannten Frist wird die endgültige Rangordnung erstellt.
6. Die Rangordnung behält ihre Gültigkeit bis zur Genehmigung der endgültigen Rangordnung des darauffolgenden Jahres.

Artikel 6 Punktebewertung

1. Für die Punktebewertung der Gesuche um Grundzuweisung findet die im Artikel 47 des Landesgesetzes Nr.13/1998 vorgesehene Durchführungsverordnung Anwendung.
2. Für zehn Jahre Ansässigkeit in der Gemeinde wird 1 zusätzlicher Punkt und für mehr als fünfzehn Jahre Ansässigkeit in der Gemeinde werden 2 zusätzliche Punkte anerkannt.
3. Für die Berechnung der Dauer der Ansässigkeit in der Gemeinde wird auch die historische Ansässigkeit anerkannt.

Articolo 5 Formazione della graduatoria

1. La graduatoria provvisoria delle domande per l'assegnazione delle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata è approvata dalla giunta comunale entro 60 giorni dal termine di cui al quarto comma dell'art. 1 del presente regolamento, attribuendo a ciascuna domanda il punteggio relativo.
2. La graduatoria provvisoria, completa del punteggio singolare e totale conseguito da ciascun richiedente, viene approvata dalla Giunta comunale e pubblicata all'albo comunale per 30 giorni dalla data di esecutorietà della deliberazione.
3. Ai richiedenti viene comunicata sia l'approvazione che la pubblicazione della graduatoria.
4. I richiedenti possono presentare contro la graduatoria provvisoria, ricorso in opposizione alla giunta comunale entro 30 giorni dal ricevimento della comunicazione. Contestualmente al ricorso possono venire presentati documenti idonei a rafforzare i criteri di preferenza già contenuti nella domanda. Non possono essere fatti presente nuovi criteri di preferenza.
5. I ricorsi in opposizione sono esaminati entro 60 giorni, termine entro il quale viene formulata la graduatoria definitiva.
6. La graduatoria ha la validità fino all'approvazione della graduatoria definitiva dell'anno successivo.

Articolo 6 Assegnazione del punteggio

1. Per l'attribuzione del punteggio alle singole domande per l'assegnazione di un terreno si applica l'apposito regolamento di esecuzione di cui all'art. 47 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13.
2. Viene riconosciuto un ulteriore punto per un decennio di residenza nel comune e due ulteriori punti per la durata della residenza nel comune che supera anni quindici.
3. Ai fini del calcolo della durata della residenza viene considerata anche la residenza storica.

Artikel 7
Ausmaß der zugewiesenen Fläche

1. Die den einzelnen Gesuchstellern zugewiesene Fläche wird so bemessen, daß der Bau von Volkswohnungen möglich ist, wobei die im Gesuch enthaltenen Angaben über die Größe der Wohnung, deren Bau der Gesuchsteller beabsichtigt, zu berücksichtigen sind.

2. Die Baumasse über Erde, die der Gesuchsteller errichten darf, ist so zu bemessen, daß in der Regel Volkswohnungen mit 110 m² Wohnfläche errichtet werden können. Für jedes weitere Mitglied nach dem Fünften kann die Wohnfläche um 15 m² erhöht werden.

Einzelpersonen, die nicht zu heiraten beabsichtigen, kann die zugewiesene Fläche so bemessen werden, daß die Errichtung einer Wohnung mit maximal 65 m² netto Wohnfläche möglich ist.

Für Alleinstehende Behinderte mit wenigstens 84% Arbeitsunfähigkeit und ständigem Betreuungsbedarf kann eine zusätzliche Wohnfläche von 30 m² bewilligt werden.

3. Andere Maßstäbe gelten für Bauten des Wohnbauinstitutes, sowie für die Wohnungen für alte Menschen, Wohnheime für Arbeiter und Studenten, sowie für geschützte Wohnungen und für Gemeinschaftswohnungen.

Artikel 8
Zuweisung der Fläche

1. Die Flächen für den geförderten Wohnbau, die während der Geltungsdauer der Rangordnung für die Zuweisung verfügbar werden, werden mit Beschluß des Gemeindevorstandes im Sinne von Artikel 82 des L.G.Nr.13/98 zugewiesen. Als verfügbar gilt eine Fläche, sobald das Enteignungsverfahren eingeleitet ist.

Ist die Rangordnung erschöpft und stehen weitere Flächen für die Zuweisung zur Verfügung, können die eventuell vorgelegten Gesuche laufend zu den Flächen zugelassen werden, wenn die Gesuchsteller mindestens 22 Punkte erreichen. Als verfügbar für die Zuweisung gilt eine Fläche, sobald das Enteignungsverfahren eingeleitet ist.

2. Bevor die Grundzuweisung vorgenommen wird, muß der Gesuchsteller einen Finanzierungsplan vorlegen, mit dem er die Finanzierbarkeit seines Bauvorhabens nachweist.

Articolo 7
Dimensione dell'area assegnata

1. L'area assegnata ai singoli richiedenti è dimensionata in modo che sia consentita la realizzazione di alloggi popolari, tenendo conto delle indicazioni sulle dimensioni dell'abitazione, che il richiedente intende realizzare, contenute nella domanda.

2. La cubatura fuori terra, che il singolo richiedente può realizzare è da commisurare in modo tale che di regola possono essere realizzati alloggi popolari con 110 m² di superficie abitabile. Per ogni componente la famiglia oltre il quinto la superficie abitabile può essere aumentata di 15 mq. Persone singole che non hanno intenzione di coniugarsi possono costruire un alloggio con una superficie utile massima di mq 65.

Persone sole con handicap con un'inabilità al lavoro dell'84% e bisognosi di continua assistenza possono costruire ulteriori mq 15 di superficie utile.

3. Differenti criteri sono ammessi per le costruzioni dell'Istituto per l'edilizia sociale destinate ad alloggi per persone anziane od a case albergo per lavoratori, studenti o persone portatrici di handicaps o alloggi per comunità.

Articolo 8
Assegnazione dell'area

1. Le aree che si rendono disponibili per l'assegnazione durante la durata di validità della graduatoria sono assegnati ai sensi dell'articolo 82 della L.P. n.13/98 con delibera della Giunta comunale. È considerata disponibile per l'assegnazione un'area per la quale è stata avviata la procedura di esproprio.

Qualora, a graduatoria esaurita, fossero disponibili ulteriori aree per l'assegnazione, domande eventualmente presentate possono essere correntemente ammesse alle aree, purchè i richiedenti raggiungono almeno 22 punti. È considerata disponibile per l'assegnazione un'area per la quale è stata avviata la procedura di esproprio.

2. Prima dell'attuazione dell'assegnazione dell'area il richiedente deve presentare un piano di finanziamento comprovante la finanziabilità del proprio progetto edilizio.

3. Der Zuweisungsbeschuß muß die Angaben gemäß Artikel 83 des L.G.13/1998 enthalten.

4. Im Zuweisungsbeschuß muß festgehalten sein, daß zum Zeitpunkt des provisorischen bzw. des endgültigen Zuweisungsbeschlusses:

a) weder der Zuweisungsempfänger, noch sein gerichtlich nicht getrennter Ehegatte, bzw. die in eheähnlicher Beziehung lebende Person, das Eigentum, den Fruchtgenuß, das Gebrauchs- oder das Wohnungsrecht an einer dem Bedarf der Familie angemessenen Wohnung haben und eine solche Wohnung nicht in den letzten fünf Jahren veräußert haben ;

b) weder der Zuweisungsempfänger noch eines der Familienmitglieder, die im Gesuch um Grundzuweisung angegeben sind, zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Erwerb oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden ist;

c) der Zuweisungsempfänger, weder das Eigentum an einem Grundstück hat, das zum Bau einer Wohnung von wenigstens 495 m³ geeignet ist und an einem leicht erreichbaren Ort liegt, noch ein solches Grundstück nicht in den letzten fünf Jahren veräußert hat.

5. Wird eine neue Familie gegründet, so entfällt der Ausschließungsgrund laut Absatz 4 Buchstabe b).

6. Die Grundzuweisung kann in zwei Phasen erfolgen :

a) Sobald das Enteignungsverfahren für die Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, eingeleitet ist, kann die provisorische Grundzuweisung vorgenommen werden.

b) Sobald die Flächen, die dem geförderten Wohnbau vorbehalten sind, enteignet sind, kann die endgültige Grundzuweisung erfolgen.

c) Für den Fall, daß eine provisorische Grundzuweisung vorgenommen wird, müssen die in Absatz 4 enthaltenen Angaben im entsprechenden Beschuß des Gemeindeausschusses enthalten sein.

Artikel 9

Vorschlag für die Zuweisung der Wohnungen und die Aufteilung der Flächen

1. Wird eine Fläche an mehrere Personen ins Miteigentum oder an eine Wohnbaugenossenschaft zugewiesen, muß dem Einreichprojekt für die Erteilung der Baukonzession ein Vorschlag für die Zuweisung der einzelnen Wohnungen, für die Aufteilung der unverbauten Flächen unter den einzelnen Wohnungseigentümern sowie für die eventuelle Bestellung von Dienstbarkeiten beigelegt werden.

3. La delibera di assegnazione deve contenere le indicazioni di cui all'art. 83 della L.G. n. 13/98.

4. Nella delibera di assegnazione deve essere indicato che alla data della delibera di assegnazione provvisoria oppure alla data della delibera di assegnazione definitiva:

a) l'assegnatario, o il coniuge non separato, o il convivente more uxorio non sono proprietari, titolari del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o non hanno ceduto nei cinque anni precedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio;

b) l'assegnatario, o un componente della sua famiglia è stato ammesso ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto od il recupero di un alloggio corrispondente al fabbisogno della famiglia;

c) che il richiedente non è proprietario di un'area edificabile sufficiente per la realizzazione di un alloggio di almeno mc 495 sita in una località facilmente raggiungibile e che non ha alienato una tale area negli ultimi cinque anni.

5. Il motivo di esclusione di cui alla lettera b) del comma 4 non si applica in caso di costituzione di nuova famiglia.

6. L'assegnazione delle aree può essere effettuata in due fasi:

a) Avviata la procedura di esproprio per le aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, può essere effettuata l'assegnazione delle aree provvisoria.

b) Espropriate le aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, può essere effettuata l'assegnazione delle aree definitiva.

c) Nel caso di assegnazione provvisoria le indicazioni di cui al comma 4 devono essere contenute nella delibera relativa.

Articolo 9

Proposta di assegnazione degli alloggi e di divisione delle aree

1. Nel caso di assegnazione di un'area a più persone in comproprietà o ad una cooperativa edilizia alla domanda per il rilascio della concessione edilizia va allegata una proposta di assegnazione dei singoli alloggi, di divisione delle aree non edificate tra i singoli proprietari dei relativi alloggi nonché dell'eventuale costituzione di servitù.

Bezahlung des Grundes und der Erschließungskosten

1. Falls die Zuweisungsempfänger darum ansuchen, den Grund nach erfolgter Enteignung aber noch vor dessen endgültigen Zuweisung ins Eigentum zu besetzen, um mit den Bauarbeiten beginnen zu können, müssen sie zuerst eine Anzahlung von 80% auf den voraussichtlichen Abtretungspreis für die Fläche entrichten, der im Artikel 83 Absatz 1 Buchstabe f) des L.G. Nr.13/98 angegeben ist.

2. Sollten zum Zeitpunkt der endgültigen Grundzuweisung die primären Erschließungsanlagen und die anderen Arbeiten, die notwendig sind, um die Erweiterungszone an das bestehende Versorgungsnetz der Gemeinde anzuschließen, noch nicht fertiggestellt sein, muß für den voraussichtlichen Betrag für die Dauer bis zur Abnahme der Arbeiten eine Bankbürgschaft vorgelegt werden.

Übergangsbestimmungen

1. Gesuche, um die Zuweisung geförderten Baugrundes, die vor Inkrafttreten des Landesgesetzes Nr.13/1998 eingereicht wurden, werden im Sinne von Artikel 135 des genannten Gesetzes auf Grund der bis zum 26.Jänner 1999 geltenden Bestimmungen zugelassen.

2. Für Gesuche um die Zuweisung der Flächen für den geförderten Wohnbau, die bis zum 27.Jänner 2000 eingereicht werden, kommen hinsichtlich der dauerhaften Ausübung einer Arbeitstätigkeit und der Berechnung des Gesamteinkommens der Familie die Artikel 139 und 142 des oben erwähnten Gesetzes zur Anwendung.

3. Für Gesuche um die Zuweisung geförderten Baugrundes, die nach Inkrafttreten des L.G. Nr. 13/1998 und bis zum 30.04.1999 eingereicht worden sind, wird eine eigene Rangordnung innerhalb von 14 Tagen ab Inkrafttreten dieser Verordnung erstellt.

Pagamento del terreno e degli oneri di urbanizzazione.

1. Se gli assegnatari per iniziare i lavori fanno richiesta di occupare l'area ed esproprio avvenuto ma ancora prima della assegnazione definitiva in proprietà, devono anticipare una somma corrispondente all'80% del presumibile prezzo di cessione per l'area come indicato nell'articolo 83, comma 1, lettera f) della L.P. n. 13/98.

2. Se al momento dell' assegnazione definitiva dell'area i lavori per la realizzazione delle infrastrutture primarie e gli altri lavori per allacciare la zona di espansione ai pubblici servizi non fossero ultimati, deve essere prodotta per il presunto importo una fideiussione bancaria per la durata fino al collaudo dei lavori.

Norme transitorie

1. Le domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata presentate prima dell'entrata in vigore della legge provinciale n. 13/1998 sono ammesse ai sensi dell'art. 135 della citata legge in base alle norme vigenti fino al 26 gennaio 1999.

2. Alle domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata presentate entro il 27 gennaio 2000 si applicano per quanto concerne lo svolgimento continuativo di attività lavorativa nonchè il calcolo del reddito familiare complessivo gli artt. 139 e 142 della legge di cui sopra.

3. Per le domande di assegnazione di aree destinate all'edilizia abitativa agevolata presentate dopo l'entrata in vigore della L.P. n. 13/1998 e fino al 30.04.1999 viene formata un'apposita graduatoria entro 14 giorni dall'entrata in vigore del presente regolamento.